

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIII. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1950

Inhalt

Konjunkturlage

Uneinheitliche Wirtschaftsentwicklung — Neue Belastungsproben durch interne Lohn- und Preis-Probleme — Internationale Rüstungskonjunktur für Österreich nur teilweise günstig

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Rekordstand der Schweinezucht — Neuer Schweinezyklus in Sicht — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze; Über den Erfolg des „Standardwaren“-Programmes — Arbeitslage — Verkehr; Der Personenverkehr auf den Österreichischen Bundesbahnen in den Jahren 1948 und 1949 — Außenhandel

Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Milcherzeugnissen in Österreich

Marktproduktion und Verwendung von Milch — Außenhandel — Größe und Struktur des Milchverbrauchs — Preise

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Konjunkturlage

Uneinheitliche Wirtschaftsentwicklung — Belastungsproben durch interne Lohn- und Preis-Probleme — Internationale Rüstungskonjunktur für Österreich nur teilweise günstig

Die statistischen Daten der Berichtsperiode vermitteln ein Bild relativ ruhiger Entwicklung der österreichischen Wirtschaft, das allerdings durch Anpassungsschwierigkeiten und Absatzstockungen in einzelnen Branchen etwas getrübt wird. Die Industrieproduktion entwickelte sich weiterhin uneinheitlich. Außer einigen Konsumgüterindustrien meldeten erstmals auch verschiedene Produktionsmittelindustrien Rückschläge. Der saisonbedingte Rückgang der Arbeitslosigkeit bis Ende Juli war allerdings wieder so stark wie im Vorjahr. Der Notenumlauf und das gesamte Geldvolumen zeigen eine leicht steigende Tendenz. Der Umsatzrückgang im Einzelhandel war im Juni geringer, als saisonbedingt zu erwarten war. Die Lebenshaltungskosten sind nur infolge Erhöhung der Mieten geringfügig gestiegen, der Außenhandel hat sich etwas belebt.

Neben diesen nur unbedeutenden Veränderungen zeichnen sich jedoch Entwicklungen von großer Tragweite ab. Die Rückwirkungen der gespannten internationalen politischen Beziehungen, die um sich greifende Lohnbewegung sowie die Notwendigkeit eines wenigstens teilweisen Abbaues der Subventionen stellen die Wirtschaftspolitik, insbesondere aber die Lohn- und Preispolitik, vor neue Probleme. Ihre Lösung erscheint um so schwieriger, als Österreich im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion außenwirtschaftliche Verpflichtungen übernommen

hat, denen es nur dann nachkommen kann, wenn die Wirtschaftspolitik stärker als bisher auf außenwirtschaftliche Ziele Rücksicht nimmt.

Die freigegebenen Counterparts beginnen sich allmählich auf den Geldumlauf auszuwirken. Nachdem der *Notenumlauf* im April nur um 7 Mill. S und im Mai um 66 Mill. S gestiegen ist, betrug die Zunahme im Juni bereits 99 Mill. S. Da sich gleichzeitig die freien Nationalbank-Giroguthaben öffentlicher Stellen um 40 Mill. S erhöht haben und ein Scheckeinlagenzuwachs von 150 bis 200 Mill. S angenommen werden kann — im Mai waren es 161 Mill. S —, dürfte sich das gesamte Geldvolumen im Juni um 250 bis 300 Mill. S oder 2% vermehrt haben. Die Kreditknappheit hat etwas nachgelassen, da die Kreditinstitute durch neue Einlagen flüssige Mittel erhielten und sich in den Monaten Mai und Juni zusätzlich rund 400 Mill. S Notenbankgeld beschaffen konnten. Außerdem dürfte die Kreditnachfrage infolge des Abbaues von Lagerbeständen und weitgehender Befriedigung des nach der Wechselkursanpassung sprunghaft erhöhten Kreditbedarfes wieder etwas zurückgegangen sein.

Dessen ungeachtet sollte dem Entstehen einer neuerlichen Kreditenge durch Freigabe weiterer Counterparts vorgebeugt werden. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1950 wurden bloß 950 Mill. S Counterparts freigegeben, obwohl für das Jahr 1950

eine währungspolitisch unbedenkliche Gesamtfreigabe von 2'8 Mrd. S ermittelt wurde, was für sieben Monate einem Betrag von 1.630 Mill. S entspräche. Die Unregelmäßigkeit der Freigabe von Counterparts behindert nicht nur die Durchführung des allgemeinen Investitionsprogrammes, sondern führt außerdem zu starken Schwankungen der Gesamtnachfrage, die durch den normalen Geld- und Kreditmechanismus nur schwer geglättet werden können.

Der *Lebenshaltungskostenindex* ist von Mitte Juni bis Mitte Juli so gut wie unverändert geblieben. Seine Erhöhung um bloß 0'3 % ist wirtschaftspolitisch von keiner Bedeutung. Er lag mit 511'1 (1945 = 100) noch immer um 4'6 % unter dem bisherigen Höchststand vom Dezember 1949 (535'5). Das leichte Steigen der Lebenshaltungskosten ist vorwiegend auf die Einhebung der Beiträge für den Wohnungswiederaufbaufonds zurückzuführen, wodurch sich der Aufwand der Miete um 26 % verteuerte. Außerdem sind die Preise für Eier und Spinat saisonbedingt gestiegen, während Schmalz, Äpfel und Kartoffeln (beide saisonbedingt) billiger wurden. Nach einem leichten Rückgang im Vormonat haben die *Großhandelspreise* im Juli neuerlich um 9'9 % angezogen. Außer saisonbedingten Preissteigerungen für Nahrungsmittel haben sich insbesondere einige ausländische Rohstoffe (Kautschuk, Kupfer, Zinn, Zink) sowie Benzin verteuert. Der Index der *Nettotariflöhne* hat sich infolge Nachziehung der Bauarbeiterlöhne um 3 % erhöht.

Die *Einzelhandelsumsätze* sind im Juni weniger als saisonbedingt gefallen. Gegenüber einem Geschäftsrückgang im Jahre 1949 um 37 % in den Warenhäusern und um 22 % im gesamten Einzelhandel sanken die Wertumsätze heuer nur um 10 % und 2 %. Preissenkungen und Räumungsverkäufe dürften den Umsatz belebt haben. Nur der Handel mit Textilien klagt weiter über lustlosen Geschäftsgang. Die Hitze hat besonders den Absatz von Bier und anderen Getränken gesteigert.

Im Gegensatz zum Nachlassen der Verkaufsschwierigkeiten im Einzelhandel haben sich die Absatzsorgen der *Industrie* vermehrt. Der Index der Industrieproduktion ist zwar von 133'5 im April auf 135'5 % im Mai gestiegen, blieb aber damit noch immer um 4'8 % unter dem bisherigen Höchststand im März. (Im Jahre 1949 nahm die Produktion von März bis Mai um 11'2 % zu.) Das zögernde Anlaufen der Bausaison hat erstmalig auch in den Baustoffindustrien (Ziegel, Kalk) Absatzstockungen hervorgerufen, die teilweise bereits zu Produktionseinschränkungen nötigten. In der Textil-, Leder- und Schuhindustrie ist die Produktion weiter gesunken. Dagegen

melden die eisenschaffende Industrie sowie die Metallhütten steigende Produktionsergebnisse.

Die saisonbedingte Entlastung des *Arbeitsmarktes* erschöpft sich allmählich. Wohl ist die Zahl der Krankenversicherten von Mai auf Juni noch um 0'8 % — das entspricht etwa der normalen Saisonbewegung — gestiegen und übertraf Ende Juni mit 1,967.800 Versicherten um 4.000 den Stand vom gleichen Monat des Vorjahres¹⁾. Andererseits zeigt jedoch die Entwicklung der Arbeitslosenziffern — die Zahl der verfügbaren Stellensuchenden ging im Mai um 17.237, im Juni um 5.800, in der ersten Julihälfte dagegen nur noch um 821 zurück²⁾ —, daß der Tiefststand der Arbeitslosigkeit heuer bereits Ende Juli — im Vorjahre Ende Oktober — erreicht werden dürfte, sofern nicht neue Auftriebskräfte den Arbeitsmarkt beleben.

Der *Außenhandel* hat sich im Mai etwas erholt. Die Ausfuhr ist von 462 Mill. S auf 490'1 Mill. S (März 497 Mill. S) und die kommerzielle Einfuhr (einschließlich Drawing Rights) von 585'8 auf 651 Mill. S (März 657'9 Mill. S) gestiegen. Die Bedeutung dieser Exportbelebung wird freilich dadurch abgeschwächt, daß der überwiegende Teil des Mehrexportes auf verstärkte Kompensationsgeschäfte mit Italien vor Ablauf des alten Handelsvertrages zurückzuführen ist. Die Ausfuhr nach den anderen Teilnehmerstaaten Westeuropas entwickelt sich dagegen wenig befriedigend, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß infolge Absatzschwierigkeiten auf dem Inlandsmarkt und neuerlicher Gewährung differenzierter Belassungsquoten — die praktisch zum Teil zur Kursaufbesserung verwendet werden können — günstige Voraussetzungen für eine Exportbelebung geschaffen wurden. Der Entwicklung der Zahlungsbilanz gegenüber den Teilnehmerstaaten im Rahmen eines liberalisierten innereuropäischen Handels muß daher trotz einer verhältnismäßig hohen „Ausgangsposition“ mit einiger Besorgnis entgegengesehen werden — es sei denn, die jüngsten weltpolitischen Ereignisse werden die ausländische Nachfrage nach österreichischen Waren stärker beleben.

Gegen diesen wirtschaftlichen Hintergrund heben sich verschiedene bedeutsame Entwicklungs-

¹⁾ Im Juli erhöhte sich die Zahl der Krankenversicherten weiter um rund 5.200 und erreichte mit 1,973.000 den gleichen Stand wie am 31. Juli 1949 (1,972.400). Im Juli 1949 nahm die Zahl der Krankenversicherten um 8.600 zu.

²⁾ In der zweiten Hälfte Juli verringerte sich die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen um 2.809 auf 92.992 und war gegen den Stand vom 31. Juli 1949 (67.676) um 25.316 höher. Der Rückgang um 3.630 im Juli 1950 entspricht etwa dem um 3.782 im Juli 1949.

tendenzen ab, deren volle Tragweite noch nicht abgeschätzt werden kann. Die Verschärfung der welt-politischen Lage infolge des *Korea-Konfliktes* hat zwar vorerst nur geringe psychologische Rückwirkungen ausgelöst, da die österreichische Bevölkerung anscheinend gegenüber politischen Schockwirkungen etwas abgestumpft ist. Vor allem aber dürften die Geldknappheit der Konsumenten und die Absatz-schwierigkeiten vieler Produzenten auf die Spekulation mäßigend eingewirkt haben. Auf die Dauer jedoch wird die österreichische Wirtschaft von den großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Strömungen nicht unberührt bleiben.

Die weitgehende Umstellung der USA auf Kriegswirtschaft und das starke Aufrüsten der europäischen Staaten lassen eine starke Konjunktur-belebung der Weltwirtschaft, das Aufflackern inflationistischer Tendenzen, Knappheit an wichtigen Rohstoffen und den Rückgriff auf kriegswirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen erwarten. Die ersten sichtbaren Reaktionen zeigen sich bereits auf den Rohstoffmärkten, wo die Preise plötzlich in die Höhe schnellten. Von Ende Mai 1950 bis 31. Juli 1950 wurde auf den Weltmärkten Zinn um 22'25%, Kautschuk um 58'13%, Baumwolle um 13'43% und Kupfer um 9'76% teurer. Wenn auch diese Preissteigerungen durch spekulative Hortungskäufe verstärkt wurden und nach Überwindung des ersten Schockes wieder etwas abklingen dürften, muß doch auf längere Sicht mit einem überhöhten Preisniveau für internationale Rohstoffe gerechnet werden.

Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten¹⁾

Ware ²⁾	Mengen-einheit ³⁾	30. April	31. Mai	30. Juni	15. Juli	31. Juli
Weizen	cents je bushel	264'88	255'88	249'12	251'50	252'50
Mais	" "	174'62	176" —	176'75	180" —	180" —
Kakao	" " Pfund	25'75	30'75	32'25	36'12	38'37
Kaffee	" "	46'50	46'25	50" —	55" —	54'75
Zucker	" "	7'70	7'70	7'70	7'90	8'10
Baumwolle	" "	33'50	34'47	34'79	38'20	39'10
Kautschuk	" "	24'75	33'20	30'70	36" —	52'50
Zinn	" "	77'37	78'12	78'87	91'25	95'50
Kupfer	" "	19'50	20'59	22'50	22'50	22'50
Zink	" "	11" —	13" —	15" —	15" —	15" —
Blei	" "	11" —	12" —	11" —	12" —	12" —

¹⁾ Siehe auch Nr. 6 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 276. („Die Lage auf den internationalen Rohstoffmärkten.“) — ²⁾ Alle Preisnotierungen beziehen sich auf den New-Yorker Markt und auf folgende Qualitäten: Weizen (No. 2, hard), Mais (No. 2, yellow), Kakao (Accra), Kaffee (No. 4, Santos), Zucker (granulated), Baumwolle (midding upland), Kautschuk (rib smoked sheets), Zinn (Straits), Kupfer (electrolyt.), Zink (prime West E. St. L. basis). — ³⁾ 1 bushel Weizen = 27'216 kg, 1 bushel Mais = 25'401 kg, 1 Pfund = 453'59 Gramm.

Für die österreichische Wirtschaft ergeben sich daraus zwei unangenehme Folgen: Einmal wird der Realwert der Auslandshilfe geschmälert und damit die durch Kürzung der Dollarzuweisungen ohnehin

erschwerter Deckung des lebensnotwendigen Importbedarfes gefährdet. Zum anderen aber wird das Steigen der Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten im Wege höherer Einfuhrpreise auch in Österreich einen fühlbaren Preisauftrieb auslösen. Viele Produzenten werden mangels kaufkräftiger Nachfrage die Erhöhung der Rohstoffpreise nicht weiterwälzen können und dadurch in Schwierigkeiten geraten. Teilweise werden sich jedoch — wenn auch vielfach nur bei sinkendem Absatz — die Konsumentenpreise erhöhen und die Lebenshaltungskosten verteuern.

Auf der anderen Seite wird sich die internationale Rüstungskonjunktur auf den österreichischen Export günstig auswirken. Nicht nur Rohstoffe, wie Eisen und Holz, sondern auch viele Fertigwaren werden in einer Weltwirtschaft mit inflationistischer Grundtendenz aufnahmebereite Märkte finden. Sofern die inländische Produktion nicht durch Rohstoff- oder Energieengpässe behindert oder durch ein übermäßiges Steigen der Kosten konkurrenzunfähig wird, kann daher eine stärkere Exportbelebung erwartet werden. Man wird allerdings eher mit einer Mengenkonzunktur als mit einer Preiskonjunktur rechnen dürfen, da sich insbesondere die österreichischen Fertigwaren gegen die ausländische Konkurrenz durchsetzen müssen. Nur für einige Produktionsmittelindustrien könnte sich auch eine Preiskonjunktur ergeben. Da gleichzeitig die Einfuhrpreise für Rohstoffe bedeutend gestiegen sind, wird sich freilich das reale Austauschverhältnis im österreichischen Außenhandel wohl eher verschlechtern, d. h. Österreich wird künftig für eine bestimmte Ausfuhrmenge nur ein kleineres Quantum an wichtigen Rohstoffen als Gegenleistung erhalten. Die Folgen werden die gleichen sein, wie wenn die Produktivität vermindert worden wäre: nämlich ein geringeres Sozialprodukt und damit ein niedrigerer Lebensstandard.

Eine solche Senkung des Lebensstandards kommt jedoch gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt äußerst unangelegen, da das Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen ohnehin durch die sich mehr und mehr ausbreitende Lohnbewegung — die noch vor dem Korea-Konflikt, also zu einer Zeit sinkender Preise, eingesetzt hatte — gefährdet erscheint. Aus den ursprünglich vereinzelt Forderungen auf „Nachziehung“ und „Wiederdifferenzierung“ der Löhne und Gehälter hat sich allmählich eine stärkere Lohnbewegung entwickelt, die einschließlich der noch schwebenden Verhandlungen bereits etwa die Hälfte der gesamten Arbeitnehmer erfaßt und bei Annahme einer durchschnittlich 6% igen Lohnerhöhung auf eine Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme um etwa 600 Mill. S pro Jahr hinausläuft. Außer den bereits

durchgesetzten Lohnerhöhungen der öffentlichen Angestellten, der Landarbeiter in Wien, Niederösterreich und Burgenland, der Bauarbeiter, der Handels- und Industrieangestellten wird weiters über Lohnnachziehungen im Baunebengewerbe, im graphischen Gewerbe, im Bäckergewerbe, in der Mühlen-, in der Säge-, Metall-, keramischen und Textilindustrie sowie in der Landwirtschaft (in den westlichen Bundesländern) verhandelt. Ein Steigen auslandsabhängiger Preise könnte den Lohnauftrieb noch verstärken und das gesamte Lohnniveau in Bewegung setzen.

Zweifellos erzielen viele Betriebe und Branchen, dank ihren Monopolpositionen oder ihrer besonders günstigen Produktivitätsentwicklung hohe Gewinne und könnten daher Lohnerhöhungen tragen, ohne in höhere Preise ausweichen oder den Beschäftigtenstand reduzieren zu müssen. Soweit sich Lohnforderungen in diesem Rahmen halten, würde ihre Befriedigung nicht nur die angestrebte Neuverteilung des Sozialproduktes zu Gunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger bewirken, sondern gleichzeitig auch — dank der fast ausschließlich konsumtiven Verwendung der Einkommen Unselbständiger — den Absatz der zur Zeit stagnierenden Konsumgüterindustrie beleben. Andererseits jedoch kalkulieren manche Betriebe infolge Absatzschwierigkeiten oder amtlicher Preisbindung so knapp, daß sie Lohnerhöhungen nicht aus den Gewinnen tragen können. Die Bauindustrie hat z. B. als Folge der Lohnerhöhungen bereits eine Erhöhung ihrer Preise angekündigt, die bei gegebener Nachfrage nach Bauleistungen — ein beträchtlicher Teil des Bauvolumens wird durch die öffentliche Hand im Rahmen budgetmäßig festgelegter Beträge finanziert — zu einer Verminderung dieses Bauvolumens führen muß. Auch in den unter Absatzschwierigkeiten leidenden Konsumgüterindustrien — insbesondere in der Textil- und Schuhindustrie — ist es möglich, daß die restriktive Wirkung höherer Kosten die Nachfrigestimulierung im Wege höherer Geldeinkommen der Unselbständigen übertrifft. Eine stärkere, die differenzierten Verhältnisse der einzelnen Wirtschaftszweige und Branchen vernachlässigende Lohnbewegung könnte daher zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit oder aber, falls —

bei freier Wirtschaft — durch Kreditexpansion und staatliche Arbeitsbeschaffung Vollbeschäftigung zu erhalten versucht wird, zu einer Preis-Lohn-Spirale führen.

Nicht zuletzt sind auch die Rückwirkungen auf die *Zahlungsbilanz* zu berücksichtigen. Österreich erhält zur Deckung des Defizits seiner Zahlungsbilanz gegenüber den Teilnehmerstaaten der Europäischen Zahlungsunion für das Jahr 1950/51 multilaterale Ziehungsrechte („Ausgangspositionen“) in der Höhe von 80 Mill. \$. Es mußte sich jedoch dafür verpflichten, seinen Außenhandel mit den Teilnehmerstaaten zu liberalisieren. Berücksichtigt man, daß die österreichische Zahlungsbilanz gegenüber den Teilnehmerstaaten im Jahre 1949 mit 89 Mill. \$ passiv war, und ferner, daß durch die Kürzung der direkten ERP-Hilfe Einfuhren aus dem Dollargebiet nach den Teilnehmerstaaten umgelegt werden müssen, so wird es selbst bei günstiger Ausfuhrkonjunktur sehr schwierig sein, die Liberalisierungsverpflichtungen zu erfüllen. Jedenfalls würde eine stärkere Ausweitung des Geldvolumens oder ein fühlbares Steigen des inländischen Kostenniveaus die Liberalisierung gefährden können.

Die angespannte Preis-Lohn-Situation macht es besonders schwierig, wirtschaftspolitische Maßnahmen durchzuführen, die die Lebenshaltung stark verteuern würden. Daraus erklärt sich auch, daß an die *Ab-schaffung der Subventionen* für lebenswichtige Importe mit so großer Vorsicht herangegangen wird. Es schiene problematisch, wollte man das in der Zeit sinkender Lebenshaltungskosten Versäumte in einem Zeitpunkt nachholen, in dem ohnehin durch die weltpolitische Lage und durch Lohnforderungen die Stabilität der österreichischen Wirtschaft einer Belastungsprobe ausgesetzt ist. Dies enthebt aber nicht der Notwendigkeit, sich über ein Konzept zu einigen, das unter voller Bedachtnahme auf die Auswirkungen den allmählichen Abbau der Subventionen vorsieht, wobei schon jetzt mit dem Abbau der Importsubventionen bei jenen Gütern begonnen werden könnte, die für die Lebenshaltungskosten weniger ins Gewicht fallen.